Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 26 (1934)

Heft: 12

Artikel: Der Verein für Sozialpolitik

Autor: Köng, Werner

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352722

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Verein für Sozialpolitik.

Von Werner Köng.

Vor wenigen Monaten zeigte der Vorsitzende des Vereins für Sozialpolitik, Werner Sombart, in einem Briefe den Mitgliedern die bevorstehende Auflösung des Vereins an. Die politische Umwälzung in Deutschland verunmöglicht eine weitere Wirksamkeit dieser bedeutendsten Organisation der wissenschaftlichen Nationalökonomen im deutschen Sprachgebiet. Der Verein für Sozialpolitik hat sich nie ausschliesslich auf Deutschland beschränkt. Er besass in Oesterreich wie in der Schweiz und in der Tschechoslowakei eine Reihe von Mitgliedern. Auch seine Untersuchungen erstreckten sich oft über die Grenzen Deutschlands hinaus und nicht selten wurden auch ausländische Mitarbeiter zu ihrer Durchführung herangezogen. Von all den vielen wissenschaftlichen Vereinigungen, die seit dem 5. März 1933 entweder sich gleichschalten mussten oder dann der Auflösung verfielen (was beides ungefähr die gleichen Wirkungen zeitigt), darf der Verein für Sozialpolitik eine besondere Beachtung beanspruchen. Er gehörte namentlich in der Vergangenheit nicht zu jenen wissenschaftlichen Zirkeln, die nur in der Abgeschlossenheit der Studierstube Probleme ergründen, sondern griff bei der Wahl der Untersuchungsobjekte mitten in die lebendige Wirklichkeit. 1933 konnte der Verein auf eine mehr als 60jährige Wirksamkeit zurückblicken, die, ausgezeichnet durch die besten und klangvollsten Namen der deutschen Sozialwissenschaft, in der Geschichte ihresgleichen sucht. In ganz besonderem Masse widmete der Verein namentlich in seiner Frühzeit allen Fragen des Koalitionsrechtes und des Arbeitsvertrages ein hohes Interesse, und an mehr als einer Generalversammlung entbrannte ein heisser Kampf zwischen den Führern der sozialen Reaktion und den Vertretern des Gewerkschaftsgedankens, für die während Jahrzehnten der Verein für Sozialpolitik das einzige Forum für den Kampf um den sozialen Fortschritt bildete.

I.

Der Verein für Sozialpolitik verdankt seine Gründung den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, wie sie um die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland herrschten. Seit der Mitte der fünfziger Jahre begannen sich die kapitalistischen Kräfte auch innerhalb der deutschen Grenzen mit voller Macht zu entfalten. Durch die Schaffung des deutschen Zollvereins im Jahre 1834 und die Erstarkung des Nationalbewusstseins in mehr als einer Hinsicht vorbereitet, entwickelte sich die wirtschaftliche Einheit mit raschen Schritten. Die Intensivierung des Verkehrs durch den Bau der Eisenbahnen und die Vervollkommnung der Technik schufen die Grundlagen für den Aufstieg des deutschen Kapitalismus. Es war die Zeit, da die Namen Krupp, Borsig,

Siemens, Matthias Stinnes in das Rampenlicht der Oeffentlichkeit traten. Die Hausindustrie wurde von dem kleineren Fabrikbetrieb verdrängt, die Manufaktur wurde zum industriellen Grossunternehmen, das Tausende von Arbeitern beschäftigte. Diese Entwicklungsperiode des Hochkapitalismus erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren nach dem Deutsch-Französischen Krieg. Eine wilde Unternehmungslust bemächtigte sich der Deutschen; Industrie um Industrie wuchs aus der Erde, der Milliardenregen schien ewige Fruchtbarkeit zu verheissen. Diese Periode eines wahnsinnigen Taumels des Gründungsfiebers, der Spekulationswut und Abenteuerlust fand ihren Abschluss in der Krise von 1873. Manch einer der neuen Namen verschwand wieder von der schillernden Oberfläche; Strausberg wanderte ins Gefängnis und Friedrich Grillo verfiel geistiger Umnachtung. Trotzdem war gerade diese kurze Episode entscheidend für den deutschen Kapitalismus; denn sie begründete die Weltgeltung der deutschen Volkswirtschaft und knüpfte die ersten wichtigen weltwirtschaftlichen Beziehungen.

Neben der gewaltigen Entfaltung der Produktivkräfte, dem rasch sich ansammelnden Reichtum des Bürgertums zeigten sich auch die schweren Schatten dieser stürmischen Entwicklung. Die soziale Frage, die sich in Deutschland schon in den Weber-Aufständen der vierziger Jahre angekündet hatte, wurde zum brennenden Problem für Staat und Gesellschaft. Das Proletariat erfasste das Bewusstsein seiner Stärke, pochte auf seine vom Liberalismus so oft verkündeten Menschenrechte und verlangte sein Recht auf Schutz vor Ausbeutung durch lange Arbeitszeit, kärgliche Entlöhnung, Schikane und Unterdrückung. Der Arbeiter war in jener Zeit machtlos dem Unternehmer und seiner Willkür preisgegeben. Da gab es weder Fabrik- noch Haftpflichtgesetze, die Sozialversicherung war noch unbekannt und die Form des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hatte in Deutschland bis jetzt keine Wurzeln geschlagen. Wohl hatten 1869 der Norddeutsche Bund und 1871 das Deutsche Reich das Koalitionsrecht grundsätzlich anerkannt; aber die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die sich damals bildeten, fanden in der Arbeiterschaft keinen starken Anklang.

Diesen sozialen und wirtschaftlichen Zuständen entsprach auch die herrschende Meinung in der wissenschaftlichen Nationalökonomie. In England hatte sich unter dem Einfluss von Robert Owen, John Stuart Mill, aber auch unter dem nachhaltigen Eindruck der Chartistenbewegung eine Strömung geltend gemacht, die sich von dem individualistischen Liberalismus Ricardos abkehrte und einer anderen Auffassung von den Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft die Wege ebnete. Nicht so in Deutschland. Hier herrschte die sogenannte Freihandelspartei in Politik und Wissenschaft unumschränkt. Ihre Lehren wurden als Weisheiten verkündet, die man weder leugnen noch auch nur kritisieren dürfe. Gewiss gelang es auch den manchesterlichen Schriftstellern

nicht, die traurigen Verhältnisse in der Arbeiterschaft zu leugnen; aber sie suchten sie als Kinderkrankheiten der industriestaatlichen Entwicklung zu bagatellisieren, die mit der zunehmenden Macht der kapitalistischen Kräfte von selbst verschwinden würden! Eine aktive sozialpolitische Tätigkeit lehnten sie übereinstimmend ab unter dem Vorwand, dass dadurch die Uebelstände nur verschlimmert würden. Die Theorien des extremsten Individualisten in der Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen, die « Harmonies économiques » von Frédéric Bastiat, dieser « hochkomische Dithyrambus des Mammonpriestertums », wie sie später sogar der Konservative von Treitschke charakterisierte, fanden in Deutschland eine begeisterte Anhängerschaft.

So war die soziale und wirtschaftliche Lage, als sich um 1870 herum eine neue Richtung in der deutschen Nationalökonomie Gehör verschaffte. Die junge Generation der historischen Schule wandte sich gegen Manchestertum und Freihandelspartei. Der Theorie der sozialen Selbstbestimmung, wie sie von Bastiat und Prince-Smith vertreten wurde, setzten sie die Theorie der sozialen Abhängigkeit entgegen. Es war, als ob es nur eines leisen Anstosses bedurft hätte, um die deutsche Nationalökonomie aus ihrer Stagnation herauszureissen. Die Werke neuer, bisher unbekannter Forscher folgten einander in dichter Reihenfolge und versuchten die ökonomische und soziale Problematik von einer anderen Grundlage aus zu ergründen. Gustav Schmoller wandte sich in seiner « Arbeiterfrage » (1870) gegen die Auffassung, als ob es sich bei der sozialen Frage nur um ein ökonomisches Problem handle. Die Nationalökonomie könne sie nur lösen, wenn « sie getragen ist vom Pathos einer sittlichen Weltanschauung ».

In diesem Verlangen nach ethischer Begründung der Nationalökonomie erklingt die stärkste Absage an das Manchestertum, ja sogar an die klassische Schule, die namentlich durch Ricardo die sittliche Wertung ökonomischer Theorien durchaus negierte. Die Abkehr vom wirtschaftlichen Liberalismus äusserte sich mindestens so deutlich in der Forderung nach einem positiven Eingreifen des Staates. Sah das Manchestertum die wirtschaftliche Aufgabe des Staates vor allem in der Gewährung von Rechtssicherheit und Verkehrsfreiheit, glaubte es an den « Nachtwächterstaat », so kehrte sich die jüngere historische Schule von « dieser Philosophie eines gesättigten Bürgertums » (Herkner) ab; denn der Staat ist für sie die « organisierte Gesamtpersönlichkeit aller » (Schmoller). Diese organische Staatsauffassung schloss unzweifelhaft die Forderung nach aktiver wirtschaftspolitischer Tätigkeit in sich.

Lujo Brentano trat Gustav Schmoller zur Seite. Er darf ohne Ueberheblichkeit als der Begründer der liberalen Sozialreform in Deutschland bezeichnet werden. Er präzisierte ihre sozialpolitischen Forderungen, ohne dabei die sozialphilosophischen und wirtschaftspolitischen Grundlagen des Liberalismus irgendwie

preiszugeben. In dieser Richtung bewegt sich auch seine Definition der Arbeiterfrage: « Uns erscheint die Arbeiterfrage als die Aufgabe, die Unterschiede der gesellschaftlichen Klassen nicht zu beseitigen, wohl aber auf ein Mass dessen zurückzuführen, was die Harmonie des Gesamtlebens erfordert. » Immer und immer wieder vertrat Lujo Brentano die Auffassung, dass die Lage des Arbeiters auch im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft verbessert werden könne.

Für die praktische Sozialpolitik Deutschlands ist Brentano dadurch bedeutsam geworden, dass er der erste deutsche Nationalökonom war, der mit aller Energie den Gewerkschaftsgedanken vertrat. Als Assistent im Statistischen Seminar von Berlin hatte der junge Gelehrte 1869/70 eine Reise nach England zum Studium der sozialen Frage unternommen. Hier widmete er sich namentlich einer eingehenden Untersuchung der englischen Gewerkvereine, die damals mächtig aufzustreben begannen. Der 1852 gegründete Verein der Maschinenbauer war für die Arbeiterkoalitionen vorbildlich geworden; die heftigen sozialen Kämpfe, die noch in den vierziger Jahren das Land erschüttert hatten, waren in friedliche Auseinandersetzungen übergegangen. Seit 1871 wurden die Gewerkvereine von der staatlichen Gesetzgebung anerkannt, und von diesem Augenblick an wuchs ihre wirtschaftspolitische Bedeutung in ungeahnter Weise. Brentano fasste seine in England gesammelten Erfahrungen zusammen in dem zweibändigen Werke « Die Arbeitergilden der Gegenwart », das wohl eines der ersten war, das die Probleme des Arbeitsvertrages und des Koalitionsrechtes in zusammenfassender Weise behandelte. Wenn die klassische Nationalökonomie — vor allem Ricardo — die Arbeit als eine Ware betrachtete, deren Lohn sich aus den allgemeinen Gesetzen der Preisbildung ergibt, so lehnte Brentano diese rein ökonomische Auffassung vom Wesen des Arbeitsvertrages keineswegs ab. Er schlug gerade dadurch dem Manchestertum seine wichtigste Waffe aus der Hand, dass er grundsätzlich die These von der « Ware Arbeit » selbst akzeptierte. Brentano wies aber in langen und umfassenden Darlegungen nach, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Arbeit noch keine Ware darstelle. Der Freiheit des Unternehmers steht beim Abschluss des Arbeitsvertrages die völlige Unfreiheit des Arbeitsuchenden gegenüber. Erst wenn auch dem Arbeitnehmer die gleichen Bedingungen garantiert sind wie dem Unternehmer, darf der Begriff der « Ware Arbeit » mit Recht auf den Arbeitsvertrag angewandt werden. Als einzige Möglichkeit, den Arbeiter in seiner Position gegenüber dem Arbeitgeber zu stärken, erachtete Brentano die Schaffung von Gewerkschaften, deren gewaltige Bedeutung für die Emanzipation der Arbeiterklasse er klar erkannte, und er wurde nicht müde, sie immer wieder gegen die soziale Reaktion der Unternehmer und die mit ihr verbündete Regierung zu verteidigen.

II.

Am 13./14. Juli 1872 traten in Halle, wo Schmoller damals Professor war, ausser ihm die Nationalökonomen Brentano, Conrad, Engel, Hildebrand, Knapp, Mithoff, Roscher, Wagner, der Redakteur von Eckardt (Hamburger Korrespondent) und einige Rechtslehrer zu einer « Vorbesprechung der sozialen Frage » zusammen. Hier wurde eine Einladung für einen allgemeinen Kongress nach Eisenach beschlossen und ein Aufruf erlassen, in dem es heisst:

« Durchdrungen von der Ueberzeugung, dass diese Gestaltung (der sozialen Zustände) wiederum ganz wesentlich davon abhangen wird, wie die Gebildeten und Besitzenden, wie die öffentliche Meinung, die Presse und die Regierungen sich zu der sozialen Frage stellen, haben die Unterzeichneten, Männer aller politischen Parteien, von denen sie annehmen zu können glaubten, dass sie Interesse und sittliches Pathos für die Frage haben und dass sie das absolute « laissez faire et laissez passer » in der sozialen Frage nicht für das Richtige halten, zu der Besprechung aufgefordert. »

Am 6. Oktober 1872 fand dieser Kongress in Eisenach statt, der unter dem Namen der « Eisenacher Versammlung » in die Geschichte der Sozialpolitik einging. Der Einfluss dieser Tagung, an der Schmoller, Brentano und Engel über Fragen der sozialen Reform Referate erstatteten, auf die öffentliche Meinung war gewaltig. Die Freihandelspartei fühlte sich in ihrem Kern getroffen; ihre Presse spie Gift und Galle gegen die neue Richtung der Nationalökonomie. H. B. Oppenheim charakterisierte sie in der « Berliner Nationalzeitung » als « Kathedersozialisten » und schleuderte so den Bannfluch der « guten Gesellschaft » gegen die Teilnehmer am Eisenacher Kongress. Aber « diese Bezeichnung, die als Spottname gedacht war, wurde bald zu einem Ehrentitel », wie Else Conrad ein Vierteljahrhundert später mit Recht feststellte. Ludwig Bamberger, der Führer der Nationalliberalen, schrieb eine Abhandlung über die « Arbeiterfrage », die die Politik des Manchestertums verteidigen sollte. Trotz dieser starken und mächtigen Gegnerschaft, die bis in die höchsten Kreise hineinreichte, gaben die Kathedersozialisten den Kampf nicht auf. Das Bewusstsein, einem hohen ethischen Ideal zu dienen, liess sie alle Angriffe leicht ertragen. Die Gemeinsamkeit ihres Schicksals gab ihnen ein Zusammengehörigkeitsgefühl ohnegleichen, so dass die Gegner in die Verteidigung gedrängt wurden. Eine wahre Kampfeslust und Kampfesfreude ergriff sie, wenn es galt, einen der ihrigen gegen ungerechte Angriffe in Schutz zu nehmen. Es war eine Zeit leidenschaftlicher politischer Auseinandersetzung, in der die junge Generation der Nationalökonomen wie nie vorher in vorderster Front stand, um mit dem ganzen Gewicht ihrer Persönlichkeiten und ihres starken sittlichen Willens modernen sozialpolitischen Ideen den Weg zu bahnen.

Ein Jahr nach der Eisenacher Versammlung, am 13. Oktober 1873, wurde von denselben Männern der Verein für Sozialpolitik

gegründet. Er war ein Kampfbund, der aus politischen Zielsetzungen herauswuchs, und schien gerade deshalb bestimmt zu sein, in den kommenden sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Doch es sollte anders kommen. Die Ziele des Vereins für Sozialpolitik waren nicht eindeutig bestimmt worden und auch sein Charakter trug durchaus heterogene Züge. So sehr die Führer in ihrem Kampf gegen das Manchestertum einig waren, in ihren positiven Forderungen konnte man damals schon Differenzen feststellen, die auf Verschiedenheiten in der Weltanschauung hindeuteten. Gustav Schmoller und der erste Präsident Gneist dachten daran, aus dem Verein für Sozialpolitik eine dem Vorbild des deutschen Juristentages angepasste Institution für Verwaltungsbeamte zu gestalten. Brentano hingegen, dessen politisches Temperament das ungebärdigste war, hoffte, dass der Verein für Sozialpolitik die notwendigen sozialpolitischen Gesetze erkämpfen und so gewissermassen die Rolle einer politischen Partei übernehmen werde. Eine dritte Richtung repräsentierte Adolph Wagner. Adolph Wagner kam vom Manchestertum her zu dem konservativen Sozialisten Rodbertus. Seinem Streben nach umfassender Systematisierung entsprach es, dass er die soziale Frage in ihrer Totalität erfassen und sich nicht auf den Schutz der Fabrikarbeiterschaft beschränken wollte. Diese staatssozialistische Richtung, die von einem sozialen Königtum träumte, indem sie ihre monarchischen Ideale mit gewissen sozialistischen Theorien zu vereinen suchte, wurde am stärksten unterstützt durch die christlichsoziale Partei Stöckers. Sie unterlag aber im Verein für Sozialpolitik sehr bald, wie denn auch der von Brentano vertretene Gedanke der Schaffung einer sozialen Reformpartei sich nicht durchsetzen konnte. Die Richtung, die Gustav Schmoller vertrat, erhielt je länger je mehr die Oberhand. Bereits im Jahre 1883 wurden auf den Generalversammlungen die Abstimmungen abgeschafft, so dass der Verein dadurch erst recht den Charakter einer Studien- und Diskussionsgesellschaft erhielt.

Diese Entwicklung des Vereins für Sozialpolitik hängt zusammen mit den tiefgreifenden Wandlungen, die dem sozialen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands um jene Zeit ihr Gepräge gaben. Als in den siebziger Jahren die jüngere historische Schule mit ihren Forderungen an die Oeffentlichkeit trat, umfasste die soziale Frage erst das Problem einer möglichen Einordnung der Arbeiterschaft in die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Sozialpolitik und Arbeiterschutz waren Begriffe, die sich deckten, weil andere soziale Spannungen noch nicht vorhanden waren.

Der Verein für Sozialpolitik beschäftigte sich zwar bis um die Jahrhundertwende noch in der Hauptsache mit den Problemen des sozialen Kampfes der Arbeiterklasse. Auf der Generalversammlung von 1890 stand die Frage des Koalitionsrechtes zur Diskussion, wobei der Referent der Arbeitgeber es grundsätzlich ablehnte, mit den Organisationen der Arbeiter im Falle eines Konfliktes

zu verhandeln. Noch damals stellten sich die massgebenden Männer im Verein auf die Seite der Arbeiterschaft und verteidigten mit Entschiedenheit die Notwendigkeit der Koalitionen. Aber schon in den folgenden Jahren, als die sozialpolitische Reaktion in Deutschland unter Führung des Freiherrn von Stumm und des Grafen Posadowsky-Wehner wieder Oberwasser bekam, hielt sich der Verein im Hintergrund. Beim grossen Streik der Hafenarbeiter in Hamburg waren es nur Tönnies, Brentano, Herkner und Jastrow von den deutschen Gelehrten, die sich für die Forderungen der Streikenden einsetzten. Genau gleich passiv verhielt sich der Verein für Sozialpolitik, als die sogenannte Zuchthausvorlage zur Diskussion stand. Während die Sozialdemokratie und die sozialreformerisch gesinnten Nationalökonomen in Wort und Schrift gegen diese Verschlechterung des Koalitionsrechtes Sturm liefen, blieb der Verein für Sozialpolitik, der im gleichen Fall noch vor zwanzig Jahren mit leidenschaftlicher Lust die Rechte des Arbeiters verteidigt hätte, untätig still. 1905, auf der Mannheimer Tagung, stand zum letzten Male das Problem des Arbeitsvertrages im Mittelpunkt der Diskussion. Brentano, der damals Referent war, vertrat gegen die Arbeitgeber die Auffassung, dass in den privaten Riesenbetrieben das Arbeitsverhältnis nicht individuell geordnet werden könne. Hier müsse eine Regelung mit einer Gemeinschaft von Arbeitern getroffen werden. Scharf und entschieden geisselte er die Heuchelei von dem Schutz der individuellen Arbeitswilligen.

Wenige Jahre später schied der Verein für Sozialpolitik endgültig aus dem Kampf um den sozialen Fortschritt aus. Die Wiener Tagung gab dieser Entwicklung die wissenschaftliche Sanktion, indem dort durchaus die von Max Weber und Werner Sombart vertretene Auffassung die Oberhand gewann, die Wissenschaft könne und dürfe keine Werturteile abgeben. In dieser Zustimmung zur Werturteilsfreiheit erklang die Absage an die ganze Vergangenheit des Vereins für Sozialpolitik, die gerade durch das «sittliche Pathos» und den subjektiven Willen zum sozialen Fortschritt ihr Gepräge erhalten hatte.

Diese Entwicklung, die durch die Kriegszeit unterbrochen wurde, setzte sich bis in die Gegenwart hinein stetig fort. Der Verein für Sozialpolitik wurde mehr und mehr eine Akademie der Sozialwissenschaft. Nicht als ob damit alle führenden Männer im Verein einverstanden gewesen wären. Lujo Brentano söhnte sich mit dieser Wandlung des von ihm gegründeten Vereins nie aus. Noch in seinen Lebenserinnerungen wandte sich Brentano gegen die «akademische» Richtung, die sich im Laufe der Zeit durchgesetzt hatte: «So hat es mich nicht gewundert, in den späteren Verzeichnissen der Mitglieder des Vereinsausschusses Namen von Männern zu finden, die in unseren Anfängen sich scheuten, unseren Versammlungen beizuwohnen, weil sie fürchteten, dass es ihnen schaden könne, wenn ihr Name aus solchem Anlass in die

Zeitungen käme... Wollte ich bei solchem — Verhalten im Verein für Sozialpolitik bleiben, so wäre dies einer stillschweigenden Billigung seiner Gleichgültigkeit für die Herz und Nieren des deutschen Volkes bedrohenden Gefahren gleichgekommen; es wäre die Verleugnung meiner ganzen Vergangenheit gewesen.» Als 85jähriger Greis ist denn auch Brentano nach jahrzehntelanger Zugehörigkeit am 20. Mai 1929 aus dem Verein für Sozialpolitik ausgetreten.

Diese Demonstration, die dem furchtlosen Kampfesmut Brentanos alle Ehre machte, vermochte die Passivität des Vereins nicht zu ändern. Und auch als Heinrich Herkner sein hartes Wort sprach, dass der Verein für Sozialpolitik sich in einen Verein gegen Sozialpolitik zu verwandeln scheine, klang dies eher wie stille Resignation über eine unaufhaltsame Entwicklung. So ist es zu begreifen, dass der Einfluss des Vereins auf die Gesetzgebung im Laufe der Jahre immer geringer wurde. Die grossen wirtschaftspolitischen Entscheidungen wurden je länger je mehr ausserhalb des Vereins ausgetragen; ja, die Gegensätze selbst entzündeten sich nur noch selten in seinem Schosse. Einzig an seiner letzten Generalversammlung, die 1932 in Dresden stattfand, erinnerte sich der Verein seiner besten Traditionen, als er nach einem gewaltig packenden und hinreissenden Referat Emil Lederers, das scharf mit den Autarkiebestrebungen und der nationalen Selbstgenügsamkeit abrechnete, dem Redner eine lange Ovation bereitete.

Die Entwicklung des Vereins von einem Kreis unerschrockener Kämpfer für die soziale Reform zur blossen Diskussionsgesellschaft ist nicht erstaunlich. Der Verein für Sozialpolitik spiegelt in seinen Wandlungen die Veränderungen des Hochkapitalismus wider. Als er seine Tätigkeit aufnahm, stand der Hochkapitalismus in seiner höchsten Blütezeit, und eine Sozialpolitik, die Erfolg erzielen wollte, musste auf dessen politischen und gesellschaftlichen Grundlagen aufgebaut werden. Heute aber sind die entscheidenden Elemente einer fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung zerstört, und daraus ergibt sich auch die Unmöglichkeit einer Sozialpolitik auf liberal-individualistischer Grundlage. Hätte der Verein für Sozialpolitik die entscheidenden Probleme der Zeit abklären wollen, so hätte er die Frage des Kapitalismus in ihrer Totalität anschneiden müssen, weil sich heute das soziale Problem nicht mehr auf die Industriearbeiterschaft beschränkt.

Der Verein für Sozialpolitik stand in den letzten Jahren nicht mehr in der vordersten Front der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Manche Generalversammlung ging vorbei, an denen rein theoretische Fragen diskutiert wurden. Aber — dieses Zeugnis darf ihm nicht verweigert werden — stets hielt er die Freiheit der Forschung hoch. In seinem Kreise bestand unbedingte Diskussionsfreiheit; Weltanschauungsfragen und politische Ueberzeugungen wurden stets erörtert, und es waren die glänzendsten

Köpfe der deutschen Sozialwissenschaften, die in diesen Auseinandersetzungen zum Fechtgang antraten. Das gab dem Verein für Sozialpolitik trotz seiner Zurückhaltung bis in die Gegenwart hinein einen guten Namen. Wie nicht manche wissenschaftliche Gesellschaft hat der Verein dem Nationalsozialismus keine Reverenz erwiesen; zum Zeichen des stummen Protests löst er sich nun auf. Wie hätte er, zu dessen bester Tradition die Hochhaltung der wissenschaftlichen Freiheit gehörte, sich in eine Zeit hinüberretten können, in der SA-Drill, Wehrwissenschaft und Blut und Boden die entscheidenden Merkmale einer verkommenen deutschen « Kultur » darstellen?

Die Abbaupolitik in Italien.

Von Mario Gridazzi.

Neben Deutschland ist wohl die konsequente Deflationspolitik als Mittel zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Depression nirgends so systematisch durchgeführt worden wie im faschistischen Italien. Der mit unumschränkter Machtfülle ausgestattete Staat wurde in der Durchführung seines Programms von keiner Opposition und keiner Rücksichtnahme auf irgend welche sozialen Klassen durchkreuzt, er konnte seine Experimente ohne jeden politischen Widerstand durchführen. Die Resultate dieser Wirtschaftspolitik lassen deshalb ein ziemlich sicheres Urteil über ihren Erfolg zu, zumal diese Politik nun schon acht Jahre dauert.

Der im Jahre 1922 zur Macht gelangte Faschismus kümmerte sich zunächst wenig oder gar nicht um die Wirtschaft des Landes. Er überliess sie auch fernerhin dem von ihm so verpönten Kapitalismus. Die faschistische Wirtschaftspolitik datiert erst vom Jahre 1926 und wurde mit einer programmatischen Rede Mussolinis eingeleitet. Am 26. August 1926 verkündete er zu Pesaro sein wirtschaftliches Programm. Es enthielt die Forderung eines allgemeinen und auf allen Gebieten durchzuführenden Abbaues. Seine Hauptsorge galt in erster Linie der Stabilisierung der Lira und der im Zusammenhang damit stehenden Lohn- und Preissenkung. Die schon damals in ihrem Gleichgewicht gestörte italienische Wirtschaft sollte durch diese Massnahme den Anschluss an die internationalen Märkte wieder finden. Vor allem sollte aber auch die Lira der wilden Spekulation, der sie fortwährend ausgesetzt war, entzogen werden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die grossen Schwankungen der Lira in den Nachkriegsjahren, die auch unter der Herrschaft des Faschismus andauerten, ja dann sogar am grössten war. So war die italienische Währung noch im Jahre 1926 Gegenstand einer scharfen Spekulation. Sie erreichte in diesem Sommer einen vorher nie erlebten Tiefstand. Ihre Stabilisierung erfolgte nun im Anschluss an die